



29. April 2016

CDU

55. Parlaments – Postille



**Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,**

in konstruktiver Atmosphäre haben die Geschäftsführenden Vorstände der Koalitionsfraktionen während ihrer Klausurtagung vergangene Woche wichtige Entscheidungen getroffen:

Die Innere Sicherheit wird weiter verbessert: Hier stand der Kampf gegen den Terror, organisierte Einbrecherbanden und Sexualstraftäter auf der Tagesordnung. Gerade gegen Einbrecher kann viel durch eine verbesserte Sicherung der eigenen vier Wände getan werden. 40 % aller Einbrüche werden abgebrochen, weil die Täter nicht schnell genug in Wohnung oder Haus eindringen können. Wir stellen für die Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung weitere 50 Mio. Euro pro Jahr bereit. Damit verfünffachen wir die bisher vorgesehenen 10 Mio. Euro pro Jahr für das KfW-Programm. Wir müssen aber nicht nur den passiven, sondern auch den aktiven Einbruchsschutz verbessern. Wir brauchen mehr Polizeipräsenz, hier sind die Länder gefordert.

Im Bereich Mobilität der Zukunft macht der technologische Fortschritt vieles möglich, was bis vor kurzem noch unglaublich schien: Das automatische Fahren, die Vernetzung von Verkehrswegen oder die Elektromobilität. Wir bauen auf die Innovationskraft der deutschen Automobilhersteller, die von entscheidender Bedeutung ist, wenn auch das Automobil der Zukunft aus Deutschland kommen soll. Dabei sind wettbewerbsfähige

hige steuerliche Rahmenbedingungen und Energiekosten eine wesentliche Voraussetzung, um die Attraktivität des Standorts Deutschland zu erhalten. Wir setzen vor allem auf eine gute Infrastruktur für Ladestellen. Eine Förderung mit einer Kaufprämie von 4000 Euro lehne ich dagegen ab.

Hinsichtlich der Europapolitik haben wir in unserem Europa-Papier unsere Linie in der Flüchtlingskrise dargelegt. Um die Zahl der Flüchtlinge nachhaltig zu reduzieren, müssen Außengrenzen konsequent geschützt werden, auch um den Schleusern das Handwerk zu legen. Gesetz und Recht müssen an den EU-Außen- und Binnengrenzen zur Anwendung gebracht werden. Die Türkei hat eine strategische Bedeutung für Europa und in der Nato. Ob und wie sich die Beziehungen der EU zur Türkei verändern, ob die angedachten Visaerleichterungen zugestanden werden können, richtet sich nach den eindeutig beschriebenen Voraussetzungen, die die Türkei erfüllen muss. Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ignorieren wir nicht, sondern sprechen sie an.

Die Gründe für Flucht nach Europa und Deutschland sind vielfältig, daher ist eine langfristige strukturbildende Entwicklungspolitik notwendig. Unser Ziel ist es, den Menschen in ihren Heimatländern eine Perspektive zu bieten und z.B. wettbewerbsfähige Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Entscheidend ist, dass Maßnahmen der Fluchtursachenbekämpfung und Krisenprävention und -bewältigung angemessen ausgestattet und konsequent realisiert werden.

Ihre

Ingrid Pahlmann MdB

Industrie braucht faire Handelsregeln und TTIP

Auf der größten Industriemesse der Welt in Hannover zeigten in dieser Woche über 5.200 Aussteller aus 75 Ländern neuste Produktionstechniken für die Fabrik von morgen. Die Hannover Messe 2016 zeigt, wie die Industrie 4.0 sich über Unternehmens- und Branchengrenzen hinweg immer weiter vernetzt. Partnerland in diesem Jahr sind die USA, die den Stellenwert der Industrie wiederentdeckt haben und diesen Wirtschaftssektor kräftig ausbauen wollen. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bietet uns die Chance, sich die zukünftigen Standards für Ex- und Importe nicht von den USA und Asien diktieren zu lassen, sondern mitzugestalten. Wenn die USA aber nur mit anderen Wirtschaftsregionen Freihandelsabkommen abschließen, werden unsere exportorientierten Unternehmen in diesen Handelsräumen investieren statt in Deutschland und Europa.

Gemeinsam mit den USA wie auch mit China müssen wir in der EU für faire Handelsbedingungen für Stahlerzeugnisse auf dem Weltmarkt sorgen. In einem entsprechendem Antrag stellen fest, dass es mit dem bestehenden Instrumentarium der EU zu lange dauert, effiziente Maßnahmen gegen das aktuelle Dumping zu ergreifen und fordern u.a. eine beschleunigte Anwendung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU. Auch für den Stahlstandort Peine ist die Entwicklung existenziell. Daneben braucht es eine vertiefte Prüfung, inwieweit die geplante Verleihung des WTO-Status einer Marktwirtschaft an China negative Auswirkungen auf unsere Stahlindustrie haben kann. Ferner muss bei der anstehenden EEG-Novelle berücksichtigt werden, dass die Energiepreise bezahlbar bleiben. Wir sind für die Beibehaltung der vollständigen Befreiung der in der Stahlindustrie genutzten Eigenstromerzeugung von der EEG-Umlage und wollen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie bei der zukünftigen Ausgestaltung des Europäischen Emissionshandels und im Klimaschutzplan 2050 berücksichtigt wird.

Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung

Mit diesem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung beraten, sollen Schutzlücken im Strafrecht zur sexuellen Nötigung und Vergewaltigung geschlossen werden. Aktuell ist die Vornahme sexueller Handlungen gegen den Willen des Opfers alleine noch nicht strafbar – somit bleiben Fälle ungeahndet, in denen das Opfer nur mit Worten widerspricht oder sich etwa in einer Überraschungssituation nicht wehrt. Daher sieht der Entwurf künftig bereits dann eine strafbare

Handlung vor, wenn der Täter eine Lage ausnutzt, in der eine andere Person aufgrund der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist oder im Fall ihres Widerstands ein empfindliches Übel befürchtet. Ziel ist es, jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen. Das Mindeststrafmaß für den sexuellen Missbrauch von Menschen, die wegen ihrer Behinderungen keinen Widerstand leisten können oder manipuliert werden wird von sechs Monaten auf ein Jahr angehoben.

Landesgruppe im Dialog mit dem THW



Mit der neuen Landesbeauftragten des THW für Bremen und Niedersachsen, Sabine Lackner, dem Landessprecher Wolfgang Lindmüller und weiteren niedersächsischen THW-Vertretern tauschten wir uns über Fragen von Wartung und Ausstattung der THW-Liegenschaften sowie den Beschaffungstau bei der Ausstattung mit Geräten und Fahrzeugen aus. Die Helferinnen und Helfer bedankten sich aber auch für die jüngsten zusätzlichen Investitionen des Bundes in das THW. Für das herausragende und außergewöhnliche Engagement der Helferinnen und Helfer in den letzten Wochen und Monaten bedankten wir uns bei dieser Gelegenheit erneut ausdrücklich.

Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes

Die Situation der Landwirtschaft in Deutschland ist schwierig. Viele Familienbetriebe stecken in der Krise, Bauern kämpfen um ihre Existenz. Dazu veranstaltete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin einen großen Landwirtschaftskongress mit Politikern und Experten. Wie sehen Landwirte ihre derzeitige Situation? Was muss sich ändern, damit der deutsche Agrarmarkt zukunftsfähig bleibt? Hier stand aber nicht nur die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland zur Debatte, sondern auch die gewandelte Einstellung der Menschen zum Thema Ernährung und der Herstellung von Lebensmitteln. Es braucht eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Standards, Akzeptanz und Verbrauchervertrauen. Viele wollen wissen, wie Lebensmittel entstehen und was Bestandteil dieser Lebensmittel ist.

Mit Blick auf die angespannte Situation an einigen landwirtschaftlichen Absatzmärkten, besonders den Verfall der Milchpreise brauchen wir eine europäische Lösung. Auf nationalstaatlicher Ebene können keine Milchquoten festgelegt werden. Jenseits der aktuellen Probleme war es uns wichtig zu verdeutlichen, welchen Stellenwert die Landwirtschaft in Deutschland hat. Unsere einmaligen Kulturlandschaften, die den ländlichen Raum – insbesondere auch bei uns in Niedersachsen prägen – sind ohne eine funktionierende Landwirtschaft nicht denkbar. Wir wollen deshalb, dass Familienbetriebe auch in Zukunft erhalten bleiben, dass junge Leute nach wie vor Landwirte werden. Daran werden wir unsere Politik weiter ausrichten.

Auf EU-Ebene wurde beschlossen, dass anerkannte Erzeugerorganisationen und Genossenschaften Absprachen treffen können, um die Rohmilchproduktion auf freiwilliger Basis für einen Zeitraum von sechs Monaten zu regulieren. Mit der Umsetzung dieses Beschlusses in deutsches Recht in erster Lesung des Agrarmarktstrukturänderungsgesetzes. Dabei soll die Ermächtigungsgrundlage für das Bundeslandwirtschaftsministeriums zum Erlass von Rechtsverordnungen so geändert werden, dass der Anwendungsbereich des Gesetzes auch nicht-erkannte Agrarorganisationen umfasst. In Deutschland betrifft dies insbesondere die Genossenschaften, die bisher durch das Agrarmarktstrukturgesetz nicht erfasst wurden.

Plenarrede zur Prime-Time

Donnerstagabend debattierten wir zum Thema „Engagement für Geflüchtete“. In meiner Rede habe ich die beeindruckende Leistung der zahllosen Freiwilligen und Ehrenamtlichen gewürdigt, die in Zeiten der staatlichen Überforderung unkompliziert und unbürokratisch eingesprungen sind und bei der Erstversorgung und Unterbringung der Flüchtlinge Großartiges geleistet haben, bis entsprechende staatliche Strukturen aufgebaut waren. Auch die Integration der hier Bleibenden wird nur mit einer starken und offenen Zivilgesellschaft gelingen. Teilhabe in Sportvereinen und Jugendverbänden kann durch staatliche Integrationscenter nicht ersetzt werden. Darum gilt es, diese Strukturen zu stärken.

Wirtschaftlich Lage entwickelt sich überdurchschnittlich

Das Regionalranking des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Consult in Köln bescheinigt dem Landkreis Gifhorn eine hervorragende Entwicklung. Das regelmäßig erstellte Ranking untersucht alle 402 kreisfreien Städte und Landkreise

in Deutschland auf ihre Wirtschaftsstruktur, ihren Arbeitsmarkt und die Lebensqualität. Im Niveauranking positioniert sich der Landkreis Gifhorn im oberen Drittel auf Platz 115. Im Dynamikranking, welches die Entwicklung seit 2009 berücksichtigt, liegt der Landkreis sogar auf einem erfreulichen achten Platz. Passend dazu die aktuelle Arbeitslosenzahlen für den März: die Quote sank erneut, auf jetzt nur noch 4,5 %.

Aus dem Wahlkreis

In der **BBS Peine in Vöhrum** fand zum Auftakt der Europawoche eine Podiumsdiskussion der Industriekaufleute-Klasse im 2. Lehrjahr statt.



Bei der Mitgliederversammlung der CDA-Gifhorn wurde Horst Ganz als Vorsitzender wiedergewählt. In der bevorstehenden Diskussion über die Zukunft der Rente wird die CDA einen wichtigen Beitrag leisten. Dafür sind wir gut aufgestellt.



Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Büro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Büro Peine

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine
Tel: (05171) 7902225
Fax: (05171) 7902226